Aus dem Beschluss der 13. Tagung des Zentralkomitees der SED (14. Mai 1953)

Kurzbeschreibung

Die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED findet vom 13.–14. Mai 1953 statt. Die *Tägliche Rundschau* veröffentlicht die Beschlüsse am 17. Mai. Das Zentralkomitee kritisiert, dass die Arbeitsnormen in der DDR-Wirtschaft zu häufig auf willkürlichen Festlegungen beruhen statt technisch begründet zu sein. Es fordert eine Verbesserung der Normung und gleichzeitig eine Erhöhung um durchschnittlich mindestens 10 Prozent bis Ende Mai. Die Normerhöhung wurde am 28.5.1953 vom Ministerrat beschlossen und war wenige Wochen später der Auslöser für die landesweiten Streiks und Massenproteste des 17. Juni.

Quelle

Die völlig unbefriedigende Bestimmung der Arbeitsnormen in unseren sozialistischen Betrieben aller Wirtschaftszweige zeigt, daß der Verwirklichung dieser für unsere wirtschaftliche Entwicklung so bedeutungsvollen Erkenntnisse ungenügende Beachtung geschenkt wurde. Der Anteil der technisch begründeten Arbeitsnormen ist unbefriedigend niedrig und die bestehenden „erfahrungsstatistischen" Normen stehen im Gegensatz zu der entwickelten Technik, zu den Erfahrungen und der Aktivisten, zur Organisation des Arbeitsablaufs und zu der gewachsenen Qualifikation der Arbeiter. Sie sind ein ernstes Hemmnis unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik geworden.

Die Leitungen der Betriebe und der Wirtschaftsorgane schenken der Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen ungenügende Aufmerksamkeit und überlassen diese bedeutungsvollen Fragen dem Selbstlauf. Dadurch entstehen Normen, die zu den Interessen der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung in Widerspruch stehen. Ohne entsprechende Leistungen zu erzielen, werden Normerfüllungen von 150 bis 200 Prozent erreicht.

Die Aufstellung von Arbeitsnormen auf falscher Grundlage wird begünstigt durch die in den vom Ministerium für Arbeit erlassenen Richtlinien über die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen enthaltene Bestimmung, wonach bei Einführung neuer Arbeitsnormen eine Senkung des bisherigen Verdienstes nicht zulässig ist. Die Bestimmung hat sich als ein Fehler und als ein Hemmnis in der ganzen Entwicklung für die Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen erwiesen und muß korrigiert werden.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands steht auf dem Standpunkt, daß die Minister, Staatssekretäre sowie die Werkleiter alle erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung des schlechten Zustands in der Arbeitsnormung einleiten und durchführen mit dem Ziel, die Arbeitsnormen auf ein normales Maß zu bringen und eine Erhöhung der für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 Prozent bis zum 1. Juni 1953 sicherzustellen. Unverzüglich sind die Arbeitsnormen mit dem Ziel ihrer Erhöhung zu überprüfen und die so erhöhten Normen nach gründlicher und gewissenhafter Aufklärungsarbeit durch die Betriebsparteiorganisationen und die Genossen der Gewerkschaftsorganisationen vom Werkdirektor einzuführen.

Quelle: Aus dem Beschluss der 13. Tagung des ZK der SED (14. Mai 1953), *Tägliche Rundschau* (17.

Mai 1953); abgedruckt in Ernst Deuerlein, Hrsg., *DDR*. München, 1966, S. 131–32.

Empfohlene Zitation: Aus dem Beschluss der 13. Tagung des Zentralkomitees der SED (14. Mai 1953), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <https://germanhistorydocs.org/de/die-besatzungszeit-und-die-entstehung-zweier-staaten-1945-1961/ghdi:document-2995> [18.11.2026].